

Potsdam, 17. Dezember 2010

27. Sitzung des Landtages

TOP: Haushalt

Redebeitrag: Kerstin Kaiser
(Es gilt das gesprochene Wort)

Herr Präsident!
Meine Damen und Herren!

Innerhalb von 10 Monaten lagen zwei Haushalte auf unserem Tisch...2010 & 2011

Mein Respekt (und Dank) dem MdF, der Regierung insgesamt, vor allem auch den MitarbeiterInnen, die damit befasst waren. Unsere Aufgabe hier im Landtag war es, im Land vor dem Jahreswechsel haushaltspolitisch zu entscheiden. Das ist nun heute möglich.

Ja, wir von der *LINKEN* hatten durchaus schwer zu kämpfen bei den Diskussionen, um die sozialen Standards, für die wir stehen und gewählt worden sind, auch mit der Haushaltspolitik, in den Haushalt mit einzuführen und zu sichern.
Im Großen und Ganzen haben wir das geschafft.

Wir beschließen mit diesem Haushalt 2011 trotz einer Reduzierung des HHvol von 10,5 um 500 Mio auf 10 Mrd

- 55 Mio mehr für Bildung (mehr Lehrer, bessere Bedingungen für frühkindliche Bildung, SchülerBAFöG)
- Keine Kürzungen in sozialen Leistungsgesetzen und
- Trotz der schwierigen Situation und weiterer

- NKA – 62 Mio € mehr als vorher für Städte, Gemeinden, Landkreise
- Wenn wir den vorliegenden Landeshaushalt 2011 beschließen, gehen wir einen Schritt bei der Bewältigung von Aufgaben, von sehr ernsthaften Herausforderungen, die Ergebnis aktueller Entwicklungen sind - sozialer, wirtschaftlicher und ökologischer -, also auch Ergebnis entsprechender politischer Entscheidungen der letzten Jahrzehnte.

Zur Erinnerung:

Agenda 2010, Finanz- und Wirtschaftskrise, Förderalismusreform, Schuldenbremse...

Niedriglohnpolitik, BBl, Landtagsneubau, ...

Deren Folgen sind nun Realität. Und dazu gehören eben auch unzählige IHRER politischen Entscheidungen, meine Damen und Herren von der CDU. Und gerade für diese versuchten Sie hier immer wieder, SPD und LINKE allein dafür in Haftung zu nehmen.

Ich darf erinnern: Bereits zu Beginn linker Regierungsbeteiligung war Brandenburg ein Land mit einer hohen Sockelarbeitslosigkeit, und verbreiteter Armut, einer kleinteiligen, eigenkapitalschwachen Wirtschaftsstruktur, erheblichen demografischen Problemen und starken regionalen Disparitäten.

Ja klar wissen wir: nach dem einem Jahr rot-rote Landesregierung ist eine selbsttragende Entwicklung nicht erreicht worden, der Landeshaushalt wird nur zu rund der Hälfte aus dem eigenen Steueraufkommen gedeckt.

Und wir müssen auch zur Kenntnis nehmen, dass die Sonderzahlungen des Bundes und die Fördermittel der EU in dieser Legislaturperiode deutlich zurückgehen werden, dass der Solidarpakt bis 2019 völlig ausläuft.

Das heißt, meine Damen und Herren und eigentlich müsste dies hier im Hause jede und jeder wissen, jeder fünfte Euro, den wir 2011 noch einplanen können, wird am Ende des Jahrzehnts nicht mehr zur Verfügung stehen; der Gesamtumfang des brandenburgischen Landeshaushaltes wird am Ende um fast 2 Milliarden Euro unter dem heutigen Niveau liegen, wenn, - ja wenn sich die Politik des Bundes nicht ändern lässt, wenn Länder und Kommunen durch diese weiter geknebelt werden.

Auf die o.g. Entwicklungen gilt es sich eben einzustellen.

Für eine Änderung der Bundespolitik werden wir trotzdem weiter kämpfen. (In der brandenburgischen Opposition haben wir da leider derzeit keine Verbündeten.)

Sie wie wir wissen, gab es die bis zum Beginn dieser Legislaturperiode 2009 eine extrem hoch angewachsene Verschuldung des Landes mit 18,1 Mrd. bereits. Das war – bitte sehr - auch Ihre Mitgift für die neue Koalition.

Das heißt: wir haben über 800 Millionen Euro Kapitaldienst pro Jahr zu verkraften, die sind auf Grund genau dieses Schuldenberges zu bezahlen. Und es stimmt natürlich, durch die notwendige Neuverschuldung wird dieser Betrag noch steigen.

Und die Herausforderungen der nächsten Jahre verlangen uns allen viel Kreativität, Präzision und vor allem ein Höchstmaß an sozialem Verantwortungsbewusstsein ab.

Meine Damen und Herren von der Opposition -

Die rot-rote Koalition hat von Anfang an deutlich gemacht: wir vertrauen der eigenen Gestaltungskraft - *und* wir sind offen für Ideen anderer. Wir erwarten Kritik, ja selbstverständlich, was denn sonst. Aber was sollen Ihre inszenierten Panikattacken...? Wozu permanente Falschbehauptungen, Unterstellungen?

Wir erleben hier vor allem die CDU als größte Oppositionspartei als eine Art autistischen Verein, der die seit einem Jahr bestehende Koalition zuallererst am Handeln hindern will allein mit Vorhaltungen aus einer Vergangenheit, die sie (die CDU) mit zu verantworten hat. Und es kann ja sein, dass man sich der jüngeren Vergangenheit nicht gern erinnert, kann sein, dass Medien *tagesaktuell* berichten wollen...aber ich versichere Ihnen, viele BrandenburgerInnen wissen noch genau, wer hier zehn Jahre lang mitregiert hat...

Apropos: Fehler im privaten Bereich machen Menschen nicht wegen ihrer Parteizugehörigkeit oder Weltanschauung. Wichtig ist, dass die Dinge auf den Tisch kommen, rechtzeitig, und wichtig ist, dass Konsequenzen gezogen werden. Im Finanzministerium hat man bereits gehandelt. Aufklärungstempo, Rücktrittstempo... Dass dem Einen oder Anderen alles nicht schnell genug ging, ist durchaus nachvollziehbar. Aber, Herr Petke, wenn ich an Ihre Rede zur Polizeireform von gestern denke, kann ich nur sagen: Vergessen Sie nicht, rechtzeitig auf die Bremse zu gehen...

Ihr Umgang mit diesen Dingen, meine Damen und Herren der CDU, offenbart ja etwas anderes: Es geht ihnen vielleicht vordergründig um politische Integrität und nebenbei um Verantwortung. Frau Ludwig, Ihnen ist anscheinend auch Rainer Speer egal, mit dem sie über viele Jahre eng und vertrauensvoll zusammen gearbeitet haben. Sie haben ein rein taktisches Verhältnis zu all diesen Dingen - sie benutzen sie als Munition für ihre politische wie persönliche Abrechnung mit der SPD, mit Matthias Platzeck. Aus allen Knopflöchern springt heute noch die

Enttäuschung darüber, dass sich die SPD vor einem reichlichen Jahr zu einem sozial orientierten Politik- und Regierungswechsel entschlossen hat.

Ich mag mir nicht vorstellen, wie Ihre rigide Haushaltspolitik in der Regierung heute aussehen würde, angesichts von ganzen fünf Euro Regelsatzerhöhung für Hartz-IV-Empfänger oder Steuerentlastungen oder Steuervergünstigungen wie die Anhebung des Arbeitnehmer-Pauschbetrages 1.000 Euro, wovon hier in der Mark mit ihren weiten Wegen kaum jemand etwas hat. Das ist nun wahrlich keine Empfehlungen zum Mitregieren in einer Zeit, in der es um den sozialen Zusammenhalt einer Gesellschaft, um die Sicherung der öffentlichen Daseinsvorsorge in einem finanz- und strukturschwachen Flächenland geht.

Aber so denken sie ja nicht einmal.

Meine Damen und Herren,
es wird ja mit ihnen aber auch nicht besser, wenn sie sich dann doch irgendwie mal mit den drängenden Fragen der heutigen Landespolitik befassen.

Ob es gerade passt oder nicht:

Ihnen gerinnt alle Politik zu der Frage: Wie können wir die rot-rote Koalition und deren Vertreter beschädigen, ohne inhaltlich mit in den politischen Wettbewerb um Zukunftsprojekte für dieses Land zu treten.

Keine Vereinfachung ist Ihnen zu plump, kein persönlicher Angriff zu platt.
Ach übrigens, erinnern Sie sich noch?

Es war ein CDU-Bundespolitiker, der mit dem Anspruch, die Steuerklärung auf Bierdeckelformat zu schrumpfen – grandios scheiterte. Nun wiederholen **Sie** das Experiment und versuchen, Landespolitik in Brandenburg und Haushaltsrealitäten auf Postkartenformat zu schrumpfen.

Ein einziges – wie ich finde – ganz interessantes Foto (der MP ist doch gut getroffen...) verbreiten Sie landesweit - immerhin auf Kosten Ihrer Mitglieder...ja, Linke und SPD sagen: dafür vielen Dank. ;-)

Frau Ludwig, Herr Burkhardt – wir sind ja Einiges gewohnt. Spaß muss sein und offenbar sind Ihre Parteikollegen derzeit auch leicht zu belustigen ... (KPD /SPD, Schloß geschrumpft...) aber beim Geld hört ja der Spaß bekanntlich auf.

Was sollen Rechnungen wie die folgenden:

1. “1,2 Milliarden Euro geplante Neuverschuldung für die Jahre 2010/11” - Ausrufezeichen.

Fakt ist: In den Jahren 2010 und 2011 ist insgesamt mit einer Neuverschuldung von rund 1 Mrd. Euro geplant worden – 200 Millionen

weniger als nach ihren Behauptungen. (Und in einem Haushalt wie unserem sind 200 Mio doch eine ernsthafte Größe.)
Ihr großartiger Trick hätte doch zunächst trotzdem funktionieren können: Immer so viele Jahre zusammenzuzählen, dass es gerade bis zur Milliarde reicht – und dabei dann auch gleich noch vertuschen, dass die Neuverschuldung in dem Haushalt, den wir heute zu beschließen haben, gegenüber dem Vorjahr schon wieder sinkt! Bis 2014 übrigens auf Null. Aber eine Opposition Ihres Schlages nimmt so was ja nicht zur Kenntnis.

Nun sind sie allerdings noch ein weiteres Mal böse erwischt worden: Durch die zu erwartenden Steuermehreinnahmen in 2010 und 2011 wird die Neuverschuldung noch einmal geringer ausfallen können, als Sie uns hier vormachen wollen. Für wie blöd halten Sie eigentlich die Bürgerinnen und Bürger? Wie seriös sind Ihre politischen Äußerungen? Wie ernst wollen Sie eigentlich noch genommen werden?

2. “Gesamtverschuldung wächst immer weiter und erreicht bald 20 Milliarden Euro”. Dahinter machen sie einen Punkt.
Ja, machen sie mal einen Punkt! Zwanzig Jahre lang ist die Neuverschuldung in diesem Land gewachsen – bis sie über 18 Milliarden Euro gestiegen war. Zehn Jahre davon haben sie mit regiert! Und jetzt haben sie das alles vergessen und machen eine relativ geringe Bewegung auf hohem Sockel zum Skandal – notwendig geworden angesichts der tiefsten Krise seit Jahrzehnten?!

Meine Damen und Herren - in den 10 Jahren ihrer Regierungsbeteiligung (Haushaltsjahre 2000-2009) haben sie die Verschuldung des Landes von 12.833,2 Mio. € um 5.485,3 Mio. € auf 18.318,5 ansteigen lassen!

Und das in wirtschaftlich und finanzkapitaltechnisch guten Zeiten! In der Regierungsverantwortung der LINKEN wird die geplante Gesamtverschuldung laut Finanzplanung zum Ende der Legislaturperiode 2014 20,019 Mrd. Euro betragen. Es gibt also in fünf Jahren eine maßvolle Neuverschuldung von 1,6 Mrd. Euro – verbunden mit ernstesten Konsolidierungsanstrengungen. Sie aber wollen weniger Schulden – und zugleich überall dort mehr ausgeben als wir, wo wir uns im Land langfristig auf ein um 20 Prozent geringeres Haushaltsvolumen einstellen!

Weiter:

In den Haushaltsjahren, in denen unter ihrer Mitverantwortung neue Kredite aufgenommen wurden, waren das im Durchschnitt knapp 740 Millionen Euro per anno.¹ Und jetzt - auf dem Höhepunkt der Krisenbewältigung – sind es für 2011 440 Millionen Euro sind – bei sinkender Tendenz bis 2014 auf Null .

¹ In Regierungsverantwortung der CDU wurden von 2000 bis 2006 insgesamt 5,1705 Mrd. Euro der getätigten Ausgaben im Land Brandenburg über Kredite finanziert. Das sind über 738 Mio. Euro pro Jahr.

Ihre Panikattacken sind ganz umsonst. Das könnten Sie doch im Kopf nachrechnen...

3. “2010 zahlt Brandenburg 750 Millionen Euro allein für Zinsen. Das sind 8 Prozent des Gesamthaushaltes.” Stimmt nicht ganz. In 2010 sind Ausgaben für den Schuldendienst in Höhe von 737,1 Mio. Euro geplant. Das ist aber immer noch eine Menge Geld, welches für die Prioritäten von Rot-Rot, z.B Bildung und Wissenschaft, nicht zur Verfügung steht. Aber auch frage ich sie wieder: Warum *jetzt* dieses Geschrei, meine Damen und Herren! Denn auf einem solchen hohen Niveau hat sich die Zinslast unseres Landes etwa im letzten Jahrzehnt eingepegelt. Das war das Jahrzehnt, in dem sie mit regiert haben.
4. “Die Verbeamtungswelle wird die Pensionskosten in Zukunft drastisch erhöhen.”
Welche Verbeamtungswelle? Wo sind denn diese Heerscharen von rot-roten Beamten? Wenn es eine Verbeamtungswelle gegeben hat, dann aus ihren Regierungszeiten her!

Richtig ist: Die prognostizierten Pensionslasten werden 2043 ihren Scheitelpunkt mit 1,3 Mrd. Euro erreicht haben. Die jetzige Regierung war es allerdings, die *jetzt* - 2010 - eine erste Vorsorge getroffen und 200 Mio. Euro in das Sondervermögen „Versorgungsrücklage des Landes Brandenburg“ Pensionsfonds abgeführt haben. Sie, die CDU war dagegen! Schon vergessen?

Und weil wir dieser Tage so gerne über Verbeamtung von bestimmten Personen reden: Rot-Rot hat *keinen* neuen Staatssekretär verbeamtet. Aber, meine Damen und Herren von der Opposition: Wer immer nur Stolpe jagen will, möchte Schönbohm vergessen machen: An den erinnert sich irgendwie im Moment bei Ihnen so gar keiner mehr... Gerade er fand es sehr wohl notwendig, seine Staatssekretäre in ein so besonders enges Verhältnis zum Staat einzubinden. Sie sollten sich daran erinnern, ehe Sie wieder neue Untersuchungsausschüsse beantragen...

5. “Höchster Grunderwerbssteuersatz in ganz Deutschland eingeführt. Wer zur Altersvorsorge ein Haus baut, zahl erheblich drauf!” Da haben wir es doch wieder irgend so etwas zwischen Halbwahrheit und Polemik.

Ja – wir haben die Grunderwerbssteuer auf den derzeit höchsten in Deutschland üblichen Satz erhöht. Eine unglaubliche rot-rote Missetat – gewaltige 0,5 Prozent über dem Satz, den das CDU-geführte Sachsen-Anhalt oder die noch CDU-geführte Metropole Hamburg

bereits eingeführt haben bzw. den das CDU-geführte Niedersachsen mit dem Haushalt 2011 festsetzen will. Die Mehrbelastung für einen durchschnittlichen Immobilienerwerb in diesem Land beträgt – und das schon großzügig gerechnet – um die 1500 Euro. Rechnet man das auf durchschnittlich 30 Jahre bis zur Rente oder 30 Jahre Kreditlaufzeit um, dann kommt man auf eine Mehrbelastung von 50 Euro im Jahr.

Übrigens: 7,5 Mio. Euro der geplanten Steuermehreinnahmen werden direkt den Schlüsselzuweisungen der Kommunen zugeführt und diese damit gestärkt. Die Verbesserung der Einnahmesituation des Haushaltes soll zudem dazu beitragen, dass notwendige soziale Infrastruktur im ganzen Land erhalten werden kann. Aus Sicht der Linksfraktion ist dies ein entscheidender Faktor, ob in Brandenburg Familien Häuser bauen oder nicht. Was nützt ein Haus aus Gründen der Altersvorsorge, wenn das Umfeld nicht dementsprechend ist.

Meine Damen und Herren,

Schluss jetzt mit diesen gezinkten Karten der CDU, gehen wir die Dinge noch einmal in Ruhe durch.

Wir müssen zunächst hier doch nicht so tun, als wäre es normal, dass die Opposition dem Haushaltsentwurf der Landesregierung zustimmt – oder dass im umgekehrten Sinne die Landesregierung einen für die Opposition zustimmungsfähigen Entwurf vorlegt.

Das ist keine Frage von Kompetenz oder Inkompetenz, von gut oder böse, von Ignoranz oder Realitätsbewusstsein. Es ist eine Frage unterschiedlicher politischer Herangehensweisen – und zwar legitimer unterschiedlicher politischer Herangehensweisen.

Bürgerinnen und Bürger haben einen Anspruch darauf, diese unterschiedlichen politischen Herangehensweisen kennenzulernen – damit sie sie beurteilen und darüber entscheiden können.

Ich bin mir sicher: die Unterschiede zwischen uns liegen auf der Hand:

Wir versuchen auch unter schwierigsten Krisenbedingungen soziale Akzente in der Politik zu setzen. Dafür stehen wir.

Aber wofür stehen sie, meine Damen und Herren von der Opposition? Was ist ihr konzeptioneller Ausgangspunkt – außer für die Ablehnung dieser Regierung? Das ist ja völlig berechtigt...Aber wie begründen Sie die? Was ist *ihr* Leitmotiv, Ihr Ziel für dieses Land?

Und Herr Vogel, Sie tun hier regelmäßig so, als würde zwischen Sie, die CDU und die FDP kein Blatt Papier passen. Und Sie gehen dafür sogar fernsehöffentlich Rindfleisch essen – Jamaika fürchtet nicht mal den Rinderwahn! Sah wirklich gut aus.

Aber, Herr Kollege, Sie glauben doch nicht allen Ernstes, dass Frau Künast in Berlin auch nur den Funken einer Chance hat, würde sie dort eine Politik

anbieten, wie Sie sie hier in der Opposition glauben vertreten zu müssen?

Sie schimpften zwei Tage lang unisono:
Der Haushalt 2011, wie er zum Beschluss steht, sei ein Haushalt der verpassten Chancen.

Wer hat welche Chance verpasst? Vielleicht meinten Sie auch Ihre Anträge?

Hart in der Sache widerspreche ich Ihnen allerdings Ihrer unsachlichen Kritik an den eingestellten Mitteln für Arbeitsförderung. Und ich war auch irritiert über Inhalt und Ton der Rede der Kollegin Nonnemacher vorgestern.

Heute beschließt der Bundesrat über das Änderungsgesetz der Bundesregierung zu Hartz IV. Wenigstens sieht es nun so aus, als würde diese schwarz-gelbe Zumutung nicht widerstandslos durchgehen.

Ich will in diesem Zusammenhang den Eiertanz der saarländischen Grünen unter Herrn ... (wie war noch mal der Name, Herr Vogel?) ... ja nicht über Gebühr würdigen.

Aber nun stimmt wohl auch das Saarland nicht zu und eröffnet damit wenigstens noch das Vermittlungsverfahren. Ich nehme an, die hiesige CDU wird dem Ministerpräsidenten Müller (CDU) nun aber ordentlich die Leviten lesen.

Grüne Eiertänze ist im übrigen ein sehr treffendes Stichwort. Frau Kollegin Nonnemacher: Wir haben Ihnen ja vor einiger Zeit schon einmal den arbeitsmarktpolitischen Antrag Ihrer Bundestagsfraktion vom März 2010 zukommen lassen. Darin steht u.a. der Kerngedanke, dass Menschen, die ohne absehbare Chancen auf dem ersten Arbeitsmarkt sind, langfristige, sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse im „Sozialen Arbeitsmarkt“ angeboten werden sollen.

Die Bündnisgrünen nennen das ausdrücklich als Alternative zu 1-Euro-Jobs. Die PDS und DIE LINKE vertreten das unter dem Namen ÖBS seit vielen Jahren. Also, lassen Sie uns die beiden Konzepte mal nebeneinander legen und diskutieren. Dazu möchte meine Fraktion Sie eingeladen... Hier in diesem Haus stellen Sie sich nun aber immer wieder hin und erklären, das sei alles Mist. Nur: Auch in Ihrem Landtagswahlprogramm fordern die Grünen, „auf die Nutzung der Ein-Euro-Jobs zu verzichten und andere Programme zu bevorzugen.“

Nun bitte ich Sie sehr herzlich: Überwinden Sie doch irgendwann auch mal die Phase der Kritik aus dem Elfenbeinturm und sagen uns, welche besseren Programme für Langzeitarbeitslose wir denn nutzen sollen? Was sind Ihre Vorschläge? Ich höre nichts. Sie stehen beim Thema Arbeitsmarkt als damalige Regierungspartei im Bund für Hartz IV und für 1-Euro-Jobs, mehr nicht. Sie möchten jetzt davon irgendwie nichts mehr wissen. Sie schreiben

als Opposition schöne Konzepte, die Sie nie umsetzen.
Das ist - mit Verlaub – ziemlich unsachlich.

Ja, DIE LINKE und letztlich auch die Koalition hat sich das Ziel gesetzt, den Betroffenen auch in der Praxis eine Vorstellung davon zu geben, was wir meinen, wenn wir etwas anderes wollen als 1-Euro-Jobs. Das geht auf Landesebene nicht ohne Kompromisse und nicht ohne andere Akteure. Das ist mühselig, ja.

Das birgt die Gefahr von Rückschlägen, ja. Wir müssen auch nachbessern, ja. Wir mussten auch Abstriche machen, ja. Das ist bei neuen Wegen nun mal so.

Sie, damit meine ich nun die Opposition in Gesamtheit, bieten beim Thema Arbeitsmarkt nur Allgemeinplätze und Kritik um der Kritik willen.

Der Gipfel an Unverfrorenheit ist allerdings, wenn sich CDU und FDP hier hinstellen und meinen, dass wir uns nicht auf die schwarz-gelbe Bundesregierung hätten verlassen dürfen. Also das muss man erst mal gedanklich hin bekommen! - Herr Büttner, wenn sie hier eine „neue Arbeitsmarktpolitik“ wortreich einfordern, dann schwant mir immer der Westerwelle.

Das ist nun eindeutig ein Auslaufmodell.

Was ich von der Opposition hier höre, ist, unsere ganze Linie sei falsch. Was wir hier in der Haushaltsdebatte zur Kenntnis nehmen durften, ist schön bunt, aber dafür widersprüchlich: Sie wollen weniger Schulden, mehr Investitionen, mehr Geld für Schulen und die Kommunen, mehr Polizisten. Das wollen wir auch. Aber bitte erklären Sie mir: Wie soll das zusammen gehen mit Ihrer Beantragung einer Schuldenbremse in die Landesverfassung? Oder den beantragten globalen Minderausgaben, mit denen Sie sich gleich selbst zusätzlich entmachten, weil deren Realisierung dann der Kontrolle des Parlaments entzogen wäre?

Herr Büttner, eigentlich könnten Sie uns doch verstehen, rein intellektuell. Das traue ich Ihnen zu. Dennoch sagen Sie und Ihre FDP-Kollegen hier wiederum tagelang, Sie würden nicht wissen, was wir eigentlich wollen. Ich will das hohe Haus nicht langweilen und verweise auf meine Rede zur ersten Lesung des Haushaltes.

Herr Kollege Büttner, Damen und Herren von der CDU, wer in einem Land wie Brandenburg die sozialen Probleme nicht in den Vordergrund stellt und nicht wenigstens versucht, den Haushalt daran auszurichten, der hat allerdings nicht begriffen, wie groß die Gefahr für ein demokratisches Gemeinwesen werden kann, wenn die soziale Balance verloren geht.

Auch für 2011 ff. gilt für uns als LINKE in der rot-roten Koalition:

- ➔ Die Bereiche Bildung, Soziales, Wissenschaft – *die* Markenzeichen von Rot-Rot – werden weiter deutlich als Prioritäten erkennbar sein. Jeder Euro, der hier hin fließt, ist eine wichtige Investition in Gegenwart und Zukunft.
 - ➔ Wir streichen *nicht* bei sozialen Leistungsgesetzen, wir streichen *nicht* Leistungen wie das Blindengeld. Wir sagen auch: Was Rot-Rot bereits beschlossen hat, hat Bestand: Kein Zurück beim Schüler-Bafög oder beim Kita-Betreuungsschlüssel, kein Verzicht auf das Vergabegesetz oder auf Lehrer-Neueinstellungen.
 - ➔ Wir setzen aber statt dessen bei der vergleichsweise hohen Investitionsquote unseres Landes an. Sie liegt derzeit bei 18,2 Prozent – zum Vergleich: in Bayern sind es knapp 12 Prozent. Es bleibt unser Vorsatz – und wir werden täglich darum kämpfen: Wir sparen nicht auf Kosten der Zukunft; Substanz - bzw. Werterhaltung werden gewährleistet.
- Hier, meine Damen und Herren, haben wir in diesem Hause einen unserer großen Dissense. Die Opposition hält das, was aus unserer Sicht die Grundbalancen einer sozialen Modernisierung sind, für blanken Konsumrausch, für verantwortungslose Verschleuderung von Mitteln. Wir eben nicht.
- ➔ Bei der Kofinanzierung von Bundes- und EU-Mitteln haben jene Programme Priorität, die die höchste Hebelwirkung und Effizienz haben. Je mehr Mittel wir mit einem Euro Landesgeld mobilisieren können, desto sinnvoller ist es, daran festzuhalten.
 - ➔ Bei der Wirtschaftsförderung setzen wir verstärkt auf revolvingende Fonds. Die Zuschussförderung wird dabei auf eine Darlehensförderung für Unternehmen umgestellt.
 - ➔ Für die Kommunen sorgen wir durch die Neugestaltung des Finanzausgleichsgesetzes für so viel Stabilität wie möglich.

Seit Jahren kritisieren die Kommunen eine nicht ausreichende Finanzausstattung durch Land und Bund, - zu Recht. Klar ist, die sozialen Folgen der Krise wie der ungerechten Steuer- und Finanzpolitik (H4, Gesundheitsreform) des Bundes wälzen die Kosten auf die Kommunen ab und lassen deren Haushalte strukturell aus dem Ruder laufen.

Die Neuregelung des FAG berücksichtigt nunmehr immerhin die unterschiedliche Verteilung der Finanzen in allen Kommunen. Vorgesehen ist eine Erhöhung der Finanzmittel u.a. über eine Abgabe eines Anteils der Mehreinnahmen von reicheren Kommunen zugunsten ärmerer Kommunen.

Außerdem beabsichtigt die Koalition, eine weitere Forderung der Oberbürgermeister von Potsdam, Cottbus, Frankfurt /O. und Brandenburg /H. umzusetzen. So sollen die Verteilung der Aufgaben von Bund, Land und

Kommunen und die finanziellen Auswirkungen daraus, mit einem Gutachten ausführlich untersucht werden. So kritisieren die Kommunen, dass die Kosten der Unterkunft nicht durch den Bund kompensiert werden. Beschlossen ist: Sollte dies belegbar so festgestellt werden, wird das Land gegenüber dem Bund aktiv werden.

Die Koalition hat zwei wesentliche Forderungen der Oberbürgermeister umgesetzt. Durch einen Änderungsantrag, beschlossen im Innen – und Haushaltsausschuss, soll die Hauptansatzstaffel für die kreisfreien Städte von 145% auf 150% angehoben werden.

Außerdem soll ein sogenannter Demografiefaktor im FAG verankert werden. Der ermöglicht den Kommunen Anpassungen, wenn sie von Einwohnerverlusten getroffen sind. Auch die Erhöhung der Theaterpauschale war eine Forderung der kreisfreien Städte. Diese Erhöhung beträgt jetzt 1,5 Mio Euro.

Zur Situation gehört die Feststellung: Die kreisfreien Städte hatten in den letzten Jahren deutliche Mehreinnahmen. Demgegenüber muss das Land Brandenburg allein in diesem Jahr 651 Mio. Euro neue Schulden aufnehmen.

Schließlich der letzte Grundsatz unserer Haushaltsstrategie für die nächsten Jahre: Geld und Verantwortung gehören zusammen.

➔ Strengste Haushaltsdisziplin und die mittelfristig deutliche Absenkung der Nettoneuverschuldung. Mit der hohen Überschuldung des Landes werden wir uns nicht abfinden.

Die erforderliche Rückführung der Neuverschuldung betreiben wir also mit hohem sozialen Verantwortungsbewusstsein – und zwar für heute *und* morgen. Das Interesse der jungen Generationen besteht eben nicht nur darin, in der Zukunft nicht von den heute gemachten Schulden erdrückt zu werden, sondern es richtet sich nicht minder auf soziale Chancengleichheit, auf gute Bildung und nachhaltige Entwicklung heute.

Im Umgang mit der Verschuldung bedenken wir zudem, dass nach den in den entwickelten Ländern zur Krisenbekämpfung eingesetzten Rettungspaketen im dreistelligen Milliarden-Bereich Zustand und Strukturen der Staatshaushalte selbst zur Quelle von Instabilität im internationalen Währungssystem und der Euro-Krise wurden. Finanz- und Währungskrisen aber, das lehrt die Geschichte, gingen und gehen immer zulasten der Leute mit kleineren und ohnehin leeren Portemonais. Das kann nicht im Interesse einer rot-roten Landesregierung sein.

(Grafik) Dass es nach dem Crash von 2008 lediglich zu staatlichen Eingriffen in den entfesselten Casino-Kapitalismus kam, die die Banken und Fonds stabilisierten, die Finanzwirtschaft und Banken jedoch nicht in ihrer Struktur und Funktionsweise regulierten und substanziell zur Finanzierung der Rettungspakete heranzogen, war ein weiterer Grund für die erneute

Verschärfung der Krise im ersten Halbjahr 2010. Damit werden wir uns nicht abfinden.

Politik ist stets mehr als die Verteilung finanzieller Mittel. Und wo die finanziellen Mittel zurückgehen, muss die Politik sich ihrer weiteren Gestaltungsräume bewusster werden.

Wie gesagt: dazu gehören Mut und Kreativität.

Und da gibt es einen entscheidenden Unterschied zwischen den Regierungen in Berlin und Potsdam: **Sie** sind für Schuldenbremse, wir für Millionärssteuer.

Daher auch der Dissens zur Verwendung prognostizierter Steuermehreinnahmen.

Das Land Brandenburg kann - laut Prognose - für die Jahre 2011 mit Steuermehreinnahmen von insgesamt 188,8 Millionen Euro rechnen. Da die konjunkturelle Lage in Brandenburg besser verläuft als in den meisten anderen Bundesländern, erhält das Land im Gegenzug allerdings 14 Millionen Euro weniger aus dem Länderfinanzausgleich und weniger Bundesergänzungszuweisungen zum Ausgleich von Fehlbeträgen.

Wie anfällig die derzeitige konjunkturelle Lage ist, zeigen die großen Unterschiede zur Mai-Steuerschätzung. Damals waren Brandenburg für die Jahre 2011 bis 2013 Steuermindereinnahmen zwischen 95 und 155 Millionen Euro jährlich vorausgesagt worden. Also haben sich die Koalitionsfraktionen zu einem zurückhaltenden Umgang mit den Steuermehreinnahmen entschlossen.

Von den Steuermehreinnahmen stehen in 2011 den Gemeinden 42,3 Millionen Euro und den Kreisen 16,5 Millionen Euro zur Verfügung. Dem Land verbleiben nach allen Abzügen rund 112 Millionen Euro. Von diesen 112 Millionen Euro gehen 60 Millionen Euro in die Absenkung der Nettokreditaufnahme, sodass Brandenburg im Jahr 2011 ca. 12 Prozent weniger Schulden machen wird als geplant. Mit den weiteren 52 Millionen Euro wird eine konjunkturelle Rücklage gebildet.

„Unser gemeinsames Ziel bleibt, so wenig Schulden wie möglich zu machen. Deshalb wird es aufgrund der Mehreinnahmen auch keine neuen Ausgaben geben. Wichtiger ist uns, im kommenden Jahr weniger Schulden zu machen als geplant. Das ist verantwortungsbewusst und generationengerecht.“

„Steuerschätzungen sind immer nur eine Momentaufnahme. Deshalb ist es richtig, eine Konjunkturrücklage für mögliche schlechte Zeiten zu bilden. Unser gemeinsames Ziel ist 2014 ein Haushalt ohne neue Schulden.“